

Aktuelle Post aus dem Kreistag (27)



22. Mai 2020

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagssitzung am 18. März ist ausgefallen. Am 20. Mai 2020 tagte nun der Wetterauer Kreistag in der Stadthalle Friedberg mit der Hälfte der Abgeordneten. Die Tagesordnung umfasste 30 Punkte. Unser Bericht ist deshalb etwas länger geworden.

Corona wird Folgen für den Kreishaushalt haben. Wegen des Einbruchs der Wirtschaft brechen dem Kreis Einnahmen weg. Der Landrat kündigte an, dass zukünftig alle Haushaltsposten unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden.

Unsere wichtigsten Themen waren: Eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft und ein Wasserressourcenmanagement.

Seit 14. Oktober 2015 fordert DIE LINKE. Kreistagsfraktion eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft. Wir haben dieses Thema seither immer wieder aufgegriffen und nicht locker gelassen. Gibt es jetzt tatsächlich etwas Neues zu berichten?

Wasser ist kostbar. Nach zweieinhalb Jahren Trockenheit muss man über den Grundwasserschutz sprechen. Wir haben mit einer Anfrage herausgefunden, dass der Wetteraukreis kein Konzept/kein Wassermanagement hat. Das muss sich dringend ändern!

Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:

1. Dringlichkeitsantrag DIE LINKE/Piraten: Einrichtung eines Corona-Sozial-Fonds für Schüler*innen aus einkommensschwachen Haushalten.
2. Antrag DIE LINKE/Piraten: Kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft: Noch dieses Jahr ein Konzept zur Gründung vorlegen! Der Landrat antwortete.
3. Antrag DIE LINKE/Piraten: Mietobergrenzen des Wetteraukreises überarbeiten! Insbesondere Bedarfsgemeinschaften mit Kindern darf kein Geld mehr vorenthalten werden.

Dazu auch: Anfrage der Linksfraktion im Hessischen Landtag:

Wohnkostenlücke im SGB II in Hessen - Drucksache 20/1531 und Drucksache 20/1532.

4. Antrag DIE LINKE/Piraten: Eine Unterkunftsmöglichkeit für Schülerinnen von Landesfachklassen an der Berufsschule Friedberg.
5. Anfrage DIE LINKE. / Piraten zum Wassermanagement im Wetteraukreis.
6. Antrag die Grünen: Machbarkeitsstudie für ein Schulschwimmbad in Nidda.
Dazu: Stellungnahme der Linken Nidda zum Schwimmbad.
7. Antrag der Grünen zur Schaffung eines dezentralen Angebots für die Schuleingangsuntersuchung.
8. Antrag der Grünen: Sicherer Hafen Wetterau – Flüchtlingskinder aufnehmen!

RÜCKLICHT



DIE LINKE. Wetterau bereitet ihr Programm für die Kommunalwahl im März 2021 vor.

Es ist zwar noch Zeit bis zur Kommunalwahl aber ein Programm will gut überlegt sein. Eine kleine Redaktionsgruppe fasst derzeit die inhaltlichen Beiträge zahlreicher Mitglieder zusammen. Am 13. Juni 2020 soll das Programm auf einer Kreismitgliederversammlung verabschiedet werden.

Erster Mai 2020

Dieses Jahr ging die Wetterauer Linke am 2. Mai auf die Straße. Wir wollten auf der Friedberger Kaiserstraße gesehen werden, wenn wir guten Lohn und gute Arbeitsbedingungen einfordern. In Corona-Zeiten wurde deutlich, welche Berufe für die Gesellschaft wirklich wichtig sind: Zum Beispiel Pflegekräfte, Verkäuferinnen und Busfahrer. Weniger wichtig sind BMW-Aktionäre, Aufsichtsräte bei BlackRock und Finanzhaie.



Prekäre Beschäftigung

Am 6. März war der Gewerkschafter und Arbeitssoziologe Peter Birke Gast im Roten Laden. Er berichtete am Beispiel von amazon über die Strategien großer internationaler Unternehmen, Arbeitsmigranten auszubuten. Die Gesetzgebung in

Deutschland befördert diese Ausbeutung: Mit der Agenda 2010 wurden die Bedingungen für prekäre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Die Aufenthaltsregelungen für Migranten sorgen für deren Verfügbarkeit in schlecht bezahlten Jobs.

Dringlichkeitsantrag DIE LINKE/Piraten: Einrichtung eines Corona Sozial-Fonds für schnelle Soforthilfen

Die Dringlichkeit dieses Antrags ergibt sich für uns daraus, dass der digitale Hausunterricht Kinder einkommensschwacher Familien nicht ausreichend erreicht hat. Sie werden abgehängt. Darüber berichteten die Wohlfahrtsverbände und der Kinderschutzbund.

Wir beantragten daher:

- 1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, schnell und unbürokratisch bedürftige Bürger/Innen des Wetteraukreises mit technischen und sonstigen Hilfsmitteln (z. B. Computer/ gebrauchte Laptops) auszustatten, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und dem Bildungssystem zu garantieren.*
- 2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen „Sozialfonds-Coronahilfen“ in Höhe von 150 000 Euro aufzulegen.*
- 3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Richtlinie für die Ausschüttung der Mittel des Sozialfonds zu erarbeiten.*

Die Dringlichkeit wurde abgelehnt und der Antrag kam nicht auf die Tagesordnung. Die Koalition aus SPD und CDU verwies auf die 500 Millionen-Hilfe des Bundes. Das ist unbefriedigend, denn die Bundeshilfen sind zu niedrig. Es werden im besten Fall 150 Euro bei einem Kind ankommen. Davon kann kein Laptop finanziert werden. Und dann muss es ja auch einen Internetzugang geben, der auch Geld kostet.

Manche Bundesländer (z. B. NRW) haben die Bundeshilfe aufgestockt.

Wir könnten uns auch vorstellen, dass die Schulen Geräte anschaffen und ausleihen.

Unsere Rede ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/1151-dringlichkeitsantrag-corona-sozial-fond.html>

Antrag DIE LINKE/Piraten: Kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft – Noch im Jahr 2020 ein Konzept zur Gründung vorlegen!

Es ist schon ein Drama. Ein Drama in Endlosschleife. Zur Erinnerung die wichtigsten Stationen in Kürze:

■ *DIE LINKE. im Kreistag stellte erstmals in der Kreistagssitzung am 14. Oktober 2015 einen Antrag zum Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft.*

■ *Der Kreistag des Wetteraukreises hat an diesem 14. Oktober 2015 mit großer Mehrheit beschlossen, es soll bis Februar 2016 sondiert werden, ob und wie eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft geschaffen werden kann.*

Dieser Kreistagsbeschluss wurde nicht umgesetzt!

■ *Bevor er in die OVAG wechselte, kündigte der scheidende Landrat Arnold öffentlich die Gründung eines Wohnungsbauunternehmens an. Der Kreisausschuss und auch der damals kommissarische Landrat Weckler hätten seinen Vorschlag gutgeheißen. Geplant sei für 2018 die Gründung eines Zweckverbandes. Der solle Zuschüsse und eigenes Geld für den Bau vieler bezahlbarer Mietwohnungen organisieren. Das war im Dezember 2017. Nichts passierte.*

■ Landrat Weckler und die Koalition aus SPD und CDU bekannten sich 2018 zum Zweckverband Wohnen und versprachen für das Zweite Halbjahr 2018 eine Vorlage für die Diskussion im Kreistag. *Diese Vorlage gibt es bis heute nicht.*

■ Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten beantragte am 24. Oktober 2018, dass die Sondierung nunmehr nachgeholt wird, damit es 2019 zu einem Zweckverband kommen kann. Die schwarzrote Koalition nannte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. / Piraten „unnötig“, denn „in Kürze“ werde die Koalition liefern.

Welche Dimension hat für die schwarzrote Koalition „in Kürze“? *Es wurde bis heute nichts geliefert.*

■ In der Zeit von 2015 bis 2017 lobte das Land Hessen 391 Millionen Euro Fördermittel im Rahmen des Masterplans Wohnen aus. Seit 2017 stehen nach Angaben der Hessischen Landesregierung jährlich 300 Millionen Fördermittel zur Verfügung – insgesamt 2,2 Milliarden Euro. *Der Wetteraukreis hat keine Fördermittel für Wohnen abgerufen.*

Wir lassen bei diesem Thema nicht locker! Wir haben immer Überschüsse in den Haushalten identifiziert und für den Wohnungsbau beantragt. Da wäre im Laufe der Jahre einiges zusammengekommen! Dezember 2017: Zuwendungen aus der Hessenkasse in Höhe von 31 Millionen Euro. Dezember 2018: Ein Teil der Überschüsse im Haushalt 2019/2020 in Höhe von 21 Millionen Euro. Dezember 2019: Ein Teil der Überschüsse im Nachtragshaushalt 2020 in Höhe von 21 Millionen Euro. Der Wetteraukreis wäre keinesfalls Pleite gegangen. Diese Forderungen betrafen immer nur einen Teil der Überschüsse. Zu einem großen Teil wurden sie von der Koalition statt in den Wohnungsbau in die Schuldentilgung gesteckt.

Die ist unser vollständiger Antrag, den wir schon im März 2020 eingereicht hatten:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1127-bis-zu-den-sommerferien-legen-sie-ein-konzept-f%C3%BCr-eine-kreiseigene-wohnungsbaugesellschaft-vor.html>

Das war unsere Rede am 20. Mai 2020:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/1132-immer-noch-kein-konzept-f%C3%BCr-eine-kreiseigene-wohnungsbaugesellschaft.html>

Der Landrat berichtete über Sondierungen zur kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft.

Das wäre wirklich mal ein Schritt nach vorne!

In der Debatte warf man uns vor, wir wären viel zu ungeduldig. Man arbeite an einer Lösung für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft. Das würde noch dauern aber in absehbarer Zeit

vorgestellt. Das Projekt stehe auch nicht unter Finanzierungsvorbehalt. Denn die Einlagen der aufgelösten BIGO (Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH) sollen dafür verwendet werden. Man rechnet mit Einlagen der Kommunen und wird auch Kredite und Fördermittel einbeziehen. „Die Kommunen brauchen diese Unterstützung“, wurde betont. Wir freuen uns. Vor Kommunalwahlen kommt ja immer einiges in Bewegung. Vielleicht geschehen ja noch Zeichen und Wunder...

Seltsam ist allerdings, dass über diese Sondierung bisher in keiner Weise berichtet wurde.

Antrag DIE LINKE/Piraten: Mietobergrenzen des Wetteraukreises überarbeiten!

Insbesondere Bedarfsgemeinschaften mit Kindern darf kein Geld mehr vorenthalten werden!

Die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion (Drucksache 19//13029).

Dazu auch: Anfrage der Linksfraktion im Hessischen Landtag: Wohnkostenlücke im SGB II in Hessen - Drucksache 20/1531 und Drucksache 20/1532.

Unser Antrag zum letzten Kreistag am 12. Februar 2020 wurde inzwischen im Ausschuss Jugend, Soziales, Familie und Gesundheit behandelt. Die verantwortliche Abteilung und das Jobcenter bemühten sich zwar das Problem herunter zu rechnen. Aber es gelang nicht.

Zur Erinnerung:

Die **Linke Bundestagsfraktion** hatte im September 2019 eine Kleine Anfrage gestellt (Drucksache 19//13029). In der Antwort der Bundesregierung wurde deutlich: Im Wetteraukreis besteht eine deutliche Unterdeckung bei den Mietobergrenzen. Fast ein Drittel der bedürftigen Familien mit Kindern – müssen sich die Differenz zur tatsächlichen Miete vom Munde absparen. Sie knapsen den Fehlbetrag von ihrer Grundsicherung ab. Die Grundsicherung stellt das Existenzminimum dar.

Nun wollen der Ausschussmitglieder, dass weiter Nachforschungen angestellt werden, ob die Unterdeckung tatsächlich so besteht. Als Gruppe wurden Alleinerziehende mit Kindern ausgewählt. Das Jobcenter soll die Fälle genauer überprüfen. Der Antrag verbleibt im Ausschuss.

Im November hatte auch **DIE LINKE im Hessischen Landtag** eine Anfrage gestellt. Die Landesregierung berichtete mit Drucksachen 20/1531 und 20/1532 über die Lage in Hessen. Die Unterdeckung wurde bestätigt. Die Sozialpolitische Sprecherin der Linken kommentierte: „Viele Kommunen in Hessen sind nicht bereit, die komplette Miete für Grundsicherungsbeziehende zu übernehmen. 18,4 Prozent der Bedarfsgemeinschaften im Hartz IV-Bezug erhalten nicht die realen Kosten der Unterkunft und Heizung erstattet. Im Jahr 2018 summiert sich die Mehrbelastung für die betroffenen Personen in Hessen auf über 38 Millionen Euro, durchschnittlich 988 Euro pro Bedarfsgemeinschaft. Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, besonders Alleinerziehende, sind überdurchschnittlich betroffen.“

Anfrage DIE LINKE/Piraten: Unterbringungsmöglichkeit für Schüler*innen von Landesfachklassen

Unser Antrag lautete: „Für Schülerinnen und Schüler der Landesfachklassen „Holz- und Bautenschützer“ und „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ an der Johann-Philipp-Reis-Schule wird im Wetteraukreis ein Gebäude bereitgestellt, das die Unterkunft während des Aufenthalts in der Blockunterrichtsphase gewährleistet.“

An der Johann-Philipp-Reis-Schule findet für Schülerinnen und Schüler der Fachklassen „Holz- und Bautenschützer“ und „Fachangestellte für Bäderbetriebe“ mehrmals jährlich Blockunterricht statt. Es wird immer schwerer und kostspieliger, die Schülerinnen und Schüler in Friedberg unterzubringen. Die JPRS war vor einiger Zeit bestrebt, in der ehemaligen Kaserne Unterbringungsmöglichkeit zu ermöglichen. Dies ist nicht gelungen.

Nun ist die Situation die, dass manche Schüler mehrere Stunden pendeln müssen, weil es zu wenig verfügbare Hotels/Pensionen in Friedberg gibt.

Ferner ist es sehr unglücklich, dass oftmals auch minderjährige Auszubildende in den Wochen des Blockunterrichts außerhalb der Unterrichtszeit unbeaufsichtigt in Friedberg untergebracht werden müssen. In anderen Bundesländern ist dies anders gelöst.

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Es gebe keinen Bedarf für Unterkünfte.

Warum werden dann aus der Schule und den Berufsverbänden die oben genannten Probleme benannt?

Anfrage DIE LINKE/Piraten zum Wassermanagement im Wetteraukreis, Änderungsantrag zum Antrag der Grünen

Durch den Klimawandel kommt es schon heute vermehrt zu trockeneren Sommern. Seit geraumer Zeit fallen immer wieder Quellen im Vogelsberg und Zuflüsse der Nidda trocken. Diese Entwicklung darf nicht noch durch eine unkontrollierte Wasserentnahme verschärft werden. Dafür setzt sich DIE LINKE. ein: Der Wetteraukreis braucht ein Wasserkonzept. Es muss sicher gestellt werden, dass die Wasserreserven schonend genutzt werden und die hohe Trinkwasserqualität erhalten bleibt.

Wichtig für die Zukunft ist ein umfassendes Wassermanagement. Deshalb haben wir eine Anfrage an den Wetteraukreis gerichtet. Wir wollten erfahren, wie der Wetteraukreis seine Wasserreserven schützt und ob es ein Bewusstsein für umfassenden Gewässerschutz gibt.

Hier ist das Ergebnis zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1118-anfrage-zum-nachhaltigen-umgang-mit-wasser-in-der-wetterau.html>

Leider stellt sich dabei heraus, dass im Wetteraukreis noch nicht so für einen wirksamen Grundwasserschutz gearbeitet wird, wie es nötig wäre.

Zur Kreistagssitzung am 20. Mai 2020 hatten die Grünen einen Antrag eingebracht: „Erstellung eines Konzepts zur Wassereinsparung und Grundwasserschonung“.

Der Antrag griff viel zu kurz. Denn es gibt bereits Leitlinien des Landes Hessen, die weitergehend sind. Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht.

Unser Änderungsantrag ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1145-%C3%A4nderungsantrag-ein-wasserressourcenmanagement-f%C3%BCr-die-wetterau.html>

Das haben wir dazu gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

wir begrüßen den Vorstoß der Grünen sehr!

Nach zwei sehr trockenen Jahren und einem viel zu trockenen Frühling in diesem Jahr sollte sich dringlich die Frage stellen, wie das Grundwasser nachhaltig gesichert werden kann.

Inzwischen wird ganz Süd- und Mittelhessen für die Rhein-Main-Region angezapft.

Einen Änderungsantrag haben wir gestellt, weil es uns wichtig ist, dass nicht irgendein Konzept erstellt wird.

Das Mindeste, was wir einfordern, ist ein integriertes Wasserressourcenmanagement, wie es in den Leitlinien des Landes Hessen entwickelt wurde. Außerdem sollte das Konzept nicht irgendwie und irgendwann vorgelegt werden. Deshalb braucht es eine Zeitleiste.

Die hessischen Leitlinien fordern auch die Ausarbeitung von Sofortmaßnahmen zum Grundwasserschutz und für den worst-case ein (z. B.: wenn Quellen trocken fallen, wie in den vergangenen Sommern).

Zudem sehen wir die Notwendigkeit, dass mit Frankfurt Gespräche stattfinden. Die Steigerung der Fernwasserlieferungen ist überhaupt keine Zukunftsperspektive!

Der Änderungsantrag der Koalition aus SPD und CDU ist nicht diskutabel. Er fällt gegenüber den Landesleitlinien um Jahrzehnte zurück und kommt als Verzögerungstaktik daher.

Es liegen den Landesleitlinien ja schon Untersuchungen und wissenschaftliche Stellungnahmen zugrunde. Und zur Beantwortung unserer großen Anfrage vom Januar 2020 hat der Kreisbeigeordnete Walter den Stand des Wasserschutzes in der Wetterau ausführlich dargestellt. Leider fehlt ein Konzept!

Es ist alles festgestellt. Jetzt braucht es Taten!

Nämlich ein integriertes Wasserressourcenmanagement für die Wetterau!

Unser Änderungsantrag und der Antrag der Grünen wurden abgelehnt. Der Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft soll jetzt zusammentragen, welche Maßnahmen es bereits für den Wasserschutz gibt.

Antrag die Grünen: Machbarkeitsstudie für ein Schulschwimmbad in Nidda

Die Grünen forderten mit ihrem Antrag den Kreisausschuss auf, mit der Stadt Nidda gemeinsam eine Machbarkeitsstudie zu erstellen. Es geht darum, Nidda als Schwimmbadstandort zu erhalten. In die Planungen zum Sporthallenneubau am Gymnasium Nidda sollte auch das Hallenbad integriert werden.

Wir unterstützten diesen Antrag. Im Ostkreis gibt es nur noch in Gedern ein Hallenbad. Immer weniger Kinder lernen schwimmen, weil die Kommunen die Bäder nicht finanzieren können. Diese Entwicklung ist fatal: Bewegungsmangel und falsche Ernährung bergen die höchsten Risiken für die Gesundheit. 60 Prozent der Viertklässler können nicht schwimmen!

Der Antrag wurde abgelehnt. Die Begründungen waren abenteuerlich: Andere Städte und Gemeinden fühlten sich benachteiligt, wenn man für Nidda ein Schulschwimmbad realisieren würde. Und außerdem gäbe es kaum andere Kreise, die so was machen.

Stellungnahme der Linken Nidda zum Schwimmbad:

Bereits im Jahre 2012 wurde der Neubau eines Ganzjahresbades in Niedrigenergiebauweise als Ersatzneubau einstimmig beschlossen, seitens des Landes Hessen wurde dieses Projekt auch 2012 gefördert. Leider fand eine zügige Umsetzung nicht statt und die neue Mehrheit von BürgerListe und CDU hat einen Sperrvermerk im Jahre 2015 beschlossen. Zuletzt fanden Verhandlungen zwischen Stadt und Kreis statt wegen der Errichtung einer Sportanlage und damit verbunden dem Bau eines reinen Schulschwimmbades. Diese Verhandlungen hatten bisher keinen Erfolg.

DIE LINKE in Nidda hält auch den Bau eines Ganzjahresbades für sinnvoller. Zum einen ist die öffentliche Nutzung eines reinen Schul-Hallenbades sehr problematisch, auch stehen Aufwand und Nutzen in keinem guten Verhältnis. Zum anderen bietet ein solches Bad für die Öffentlichkeit wenig Anreiz, wegen der begrenzten Nutzung.

Auch in einem Ganzjahresbad kann am Schulstandort Nidda Schwimmunterricht stattfinden. Entscheidend ist aber, dass eine Kommune wie Nidda ein Schwimmbad auch finanzieren kann, was mit der derzeitigen Unterfinanzierung der Kommunen kaum möglich ist.

Antrag die Grünen zur Schaffung eines dezentralen Angebots für die Schuleingangsuntersuchung

Mit diesem Antrag wollen die Grünen erreichen, dass nicht nur im Gesundheitsamt in Friedberg sondern auch in anderen Städten des Wetteraukreises Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt werden. Das war im November 2019 auch in der Gederner Stadtverordnetenversammlung Thema und hatte zu einer Resolution an den Kreistag geführt.

Die Grünen führen in ihrer Antragsbegründung Landkreise an, die wegen der weiten Wege mehrere Standorte für die Schuleingangsuntersuchung anbieten.

Wir haben den Antrag unterstützt. Es wäre ja schon eine Erleichterung, wenn in Büdingen auch Schuleingangsuntersuchungen gemacht würden. Die Mehrheit im Kreistag hat diesen Antrag abgelehnt.

Antrag die Grünen: Sicherer Hafen Wetterau – Flüchtlingskinder aufnehmen!

Selbstverständlich haben wir diesen Antrag unterstützt! Der Wetteraukreis ist in der Lage, unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder aus den Lagern in Griechenland aufzunehmen.

Bisher hat sich die Bundesrepublik bereit erklärt, 50 der Kinder einreisen zu lassen.
Diese Anzahl ist für ein so reiches Land beschämend.
Zum Glück hat der Wetteraukreis 5 dieser Kinder bereits aufgenommen.

Die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt verlief teilweise sehr unwürdig:
Für die AfD war das ein „Typischer links-grüner ideologischer Antrag“.

Das haben wir gesagt:

Die Fraktion DIE LINKE/Piraten stimmt dem grünen Antrag zu. Gerne sind wir links-grün versifft! Wenn damit ausgedrückt wird, dass die links-grün Versifften die Menschenrechte einfordern und verteidigen, sind wir das sogar sehr gerne! Wir sind auch lieber Gutmenschen als Hassmenschen!

Darüber hinaus wollen wir, dass Fluchtursachen wirklich bekämpft werden! Denn das wahrt die Menschenrechte. Dazu gehört:

Stopp der Rüstungsexporte! Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden! Gerechte Handelsbeziehungen schaffen!

Der Antrag wurde Mehrheitlich abgelehnt.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber